

Peter Scherer

# Der Kampf gegen das Sozialistengesetz

1878–1890

Herausgegeben vom Vorstand  
der IG Metall für die  
Bundesrepublik Deutschland  
Abteilung  
Bildungswesen/Bildungspolitik

# Inhalt

Vorwort des Herausgebers	9
Einführung	11
<b>I Von der Verkündung des Gesetzes bis zur Reichstagswahl 1878–1881</b>	15
<b>II Die Periode der „milden Praxis“ 1881–1886</b>	26
<b>III Die Periode des verstärkten Terrors und der Sieg über das Gesetz 1886–1890</b>	41
<b>Karte</b>	55
<b>Zeittafel</b>	55
<b>Tabellen</b>	
Tabelle 1: Politisch-ökonomische Entwicklung des Deutschen Reiches 1871–1890	56
Tabelle 2: Die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1871–1912	58



A 85-7065

## Dokumente

Die Dokumente sind nach der zeitlichen Reihenfolge der Ereignisse geordnet, auf die sie sich beziehen.

- |    |  |    |    |  |     |
|----|--|----|----|--|-----|
| 1  | Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, 21. Oktober 1878  | 60 | 14 | Bericht des deutschen Botschafters von Zedtwitz in Washington an Bismarck über eine Solidaritätskundgebung in New York, 21. September 1886   | 95  |
| 2  | Aufruf der aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten, 29. November 1878  | 67 | 15 | Schreiben der Reichstagsabgeordneten August Bebel und Paul Singer an den Polizeihauptmann und Untersuchungsrichter Fischer in Zürich, betreffend die Tätigkeit eines preußischen Polizeispitzels, 6. Januar 1888 | 96  |
| 3  | Bericht von August Bebel über eine illegale Landeskongferenz der Sozialdemokraten in Sachsen, um 1880                                      | 68 | 16 | Aufruf der Streikkommission der Bau- und Maschinen-schlosser Hamburgs, Altonas und Umgebung, April 1888  | 97  |
| 4  | Berichte über zwei ausgewiesene Sozialdemokraten, die schließlich nach den USA auswanderten, nach 1881                                     | 70 | 17 | Bericht des „Sozialdemokrat“ über den Bergarbeiter-streik im Rheinland und in Westfalen, 18. Mai 1889  | 99  |
| 5  | August Bebel über den ersten Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht, 1881   | 71 | 18 | Beschluß des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris über den Arbeiterschutz, 14./20. Juli 1889  | 103 |
| 6  | Aufruf des Fachvereins der Schreiner in Stuttgart an die Tischler Deutschlands zur Bildung eines Zentralvereins, 5. August 1883            | 75 | 19 | Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Feier des 1. Mai, 13. April 1890  | 105 |
| 7  | Die Ursachen der Krise, Auszug aus dem Aufruf der SAPD zur Reichstagswahl, September 1884  | 78 | 20 | Aufruf der Vertrauensleute der Wirker und Weber von Chemnitz an die Arbeiter im Ausland zur Unterstützung der streikenden Textilarbeiter, 4. Mai 1890  | 108 |
| 8  | Bericht des „Sozialdemokrat“ über den sozialdemo-kratischen Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetz, 5. Fe-bruar 1885                          | 82 | 21 | Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-lands, beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt, Oktober 1891  | 110 |
| 9  | Aufruf des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen an die Arbeiterinnen Berlins zur Organisie-rung, April 1885             | 84 |    |  |     |
| 10 | Aufruf des Fachvereins der Tischler in Königsberg an die Arbeiter Deutschlands und des Auslands zur Unter-stützung des Streiks, April 1885 | 85 |    |  |     |
| 11 | Bericht über den Polizeiüberfall auf eine sozialdemo-kratische Trauergemeinde in Frankfurt am Main, Mai 1885                               | 88 |    |  |     |
| 12 | Aufruf der Lohnkommission der Berliner Maurer an die Maurer Deutschlands zur Unterstützung des Streiks, 18. Juni 1885                      | 90 |    |  |     |
| 13 | Der Streikerlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer, 11. April 1886  | 92 |    |  |     |

„Aus der Geschichte lernen heißt,  
Unternehmerideologie durchschauen  
und Widerstand entwickeln  
gegen alle Versuche,  
die Koalitionsfreiheit einzuschränken,  
das Streikrecht auszuhöhlen,  
die gewerkschaftliche Unabhängigkeit  
zu gefährden  
und die Existenz freier Gewerkschaften  
in Frage zu stellen.“

Entschließung 19 / Bildungsarbeit  
des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages  
der IG Metall

Zum 100. Jahrestag der Verkündung des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ legt die Abteilung Bildungswesen/Bildungspolitik dieses Arbeitsheft vor. Es soll dazu beitragen, den vom 12. ordentlichen Gewerkschaftstag in Düsseldorf gefaßten Beschluß zu verwirklichen, der unserer Bildungsarbeit die Aufgabe stellt, „auf allen Ebenen gewerkschaftlichen Handelns die geschichtliche Erfahrung der Arbeiterbewegung in den Bildungsinhalten zu berücksichtigen“.

„Nach zehn Jahren“ – so lautete der Titel der ersten von Ignaz Auer bearbeiteten Dokumentation über das Sozialistengesetz. Ihr erster Band erschien illegal 1889 als ein „Denkmal der Schande“. Als das Gesetz am 30. September 1890 auch formell seine Wirkung verlor, verlangten Arbeiter aus Dresden die Erstellung einer umfassenden Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und sie begründeten die praktische Bedeutung dieses Vorhabens mit der Einsicht, „daß die genaue Kenntnis unserer eigenen Geschichte eine Bürgschaft für das sichere und in glücklichen Bahnen sich bewegende Fortschreiten“ ist.

Franz Mehring, der große Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, hat die Jahre des Sozialistengesetzes das „proletarische Heldenzeitalter“ genannt und damit die Bedeutung dieser Zeit im Bewußtsein der Arbeiter bezeichnet. Zum 50. Jahrestag des Gesetzes, 1928, erinnerte Paul Kampffmeyer mit dem Buch „Unter dem Sozialistengesetz“ an diese Epoche. Ein Jahr danach begannen mit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 jene Jahrzehnte, die zuletzt dahin führten, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung an den Rand des Vergessens gedrängt wurde.

Die wirtschaftliche und politische Krise seit 1974 hat uns wieder zur Besinnung gebracht. Zu viele Fragen ließ die Tagespolitik unbeantwortet, als daß nicht der Wille wach geworden wäre, über den

Tag hinaus zu fragen, wie es so weit kommen konnte und was zu tun ist.

1978 sind es hundert Jahre, daß die deutsche Arbeiterbewegung das erste Mal in die Illegalität gedrängt wurde. „Nach hundert Jahren“ könnte eine Dokumentation nunmehr heißen, die den schwierigen Weg der Arbeiterbewegung nachzeichnet. Das vorliegende Heft beschränkt sich darauf, die Haupttatsachen des Kampfes gegen das Sozialistengesetz vor Augen zu stellen und auf die Voraussetzungen des schließlichen Sieges hinzuweisen.

Dabei wird deutlich, daß wir Gewerkschafter aus diesem zwölfjährigen Ringen um die einfachsten demokratischen Rechte vieles lernen können.

Welches sind die wichtigsten Lehren?

Es ist *erstens* die Einsicht in die Unüberbrückbarkeit des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital.

Es ist *zweitens* die Erfahrung, daß der Widerstand gegen das Kapital nur organisiert möglich ist und daß den Gewerkschaften dabei eine große Bedeutung zukommt.

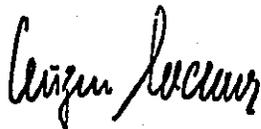
*Drittens* vermittelte der Kampf gegen das Sozialistengesetz die Erkenntnis, daß die Waffe des Streiks unverzichtbar ist. Die Gewerkschaftsbewegung entstand aus der Streikbewegung und sie war dort erfolgreich, wo sie bereit und fähig war, die Waffe des Streiks zu gebrauchen.

*Viertens* lehrt uns dieser Kampf, daß es nicht die Politik gutgläubiger Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung war, die den herrschenden Klassen Zugeständnisse abrang, das „Schandgesetz“ unwirksam werden ließ und am Ende zu Fall brachte.

Heute, da wir vor der Aufgabe stehen, unsere demokratischen Rechte zu verteidigen, sind diese Lehren aus der Geschichte ein kostbares Erbe.

Frankfurt am Main, im März 1978

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL  
für die Bundesrepublik Deutschland  
VORSTAND



Eugen Loderer



Hans Preiss

## Einführung

Die Herstellung der nationalen staatlichen Einheit durch die Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 förderte die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland. Sie erleichterte zugleich die Entfaltung der Arbeiterbewegung. Die nationale Einigung war nicht als Ergebnis einer bürgerlich-demokratischen Revolution, sondern durch einen Bund der Fürsten zustande gekommen. Von Karl Marx wurde der preußisch-deutsche Staat als ein „mit Militärdespotismus“ charakterisiert<sup>1</sup>.

Die Fortsetzung des deutsch-französischen Krieges über die Reichsgründung hinaus, seine Verwandlung in einen Eroberungskrieg gegen das französische Volk und die Teilnahme an der Niederschlagung der Pariser Kommune offenbarten von Anfang an das reaktionäre Wesen dieses Staates. Seine herrschenden Klassen standen in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Kräften, in deren Namen August Bebel am 25. Mai 1871 vor dem Reichstag erklärt

## Bismarckstaat

## Wirtschaftskrise 1873

hatte: „Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats—,Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange! der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird<sup>2</sup>.“

Die Gegensätze zwischen den herrschenden Klassen traten auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen und im Zuge der Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterbewegung zurück. Die 1873 einsetzende, über sechs Jahre andauernde „Gründerkrise“ vereinigte Schwerindustrie und Junker in der Forderung nach Schutzzöllen.

Diese bis dahin schwerste Krise in der Geschichte des Kapitalismus förderte die Konzentration des Kapitals, zwang den Staat, immer offener zur Sicherung der Profite einzugreifen und verschärfte die Klassenkämpfe.

Von 1873 bis 1879 sank der Roheisenverbrauch im Deutschen Reich auf 51,5 Prozent<sup>3</sup>. Die Einfuhr von Roheisen ging fast um die Hälfte zurück, hingegen wurde der Export nahezu verdreifacht. Über hohe, durch Schutzzölle gewährleistete Inlandspreise wurde den Massen die Last der Krise aufgebürdet. In den Betrieben wurden die Kosten durch Rationalisierung und verstärkte Arbeitshetze gesenkt. Ein wesentlicher Hebel zur Intensivierung der Ausbeutung war die Arbeitslosigkeit. Kurzarbeit, offene Arbeitslosigkeit in den Städten und versteckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande nahmen riesige Ausmaße an. In

Berlin wurden 1878/79 bis zu 28 Prozent der Arbeiter in der Industrie und im Handwerk arbeitslos. Besonders groß war die Notlage in den Zentren der ländlichen Hausindustrie. Hunderttausende waren gezwungen, auszuwandern. Die Aufschwungsphasen blieben durch tiefe Widersprüche gekennzeichnet. Gemessen an der Lage der Arbeiter stellt sich die Zeit von 1873 bis 1893/94 als eine einzige, lang andauernde Krise dar. Obwohl die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes in dieser Zeit noch schwieriger waren als zuvor, erkannten immer mehr Arbeiter seine Notwendigkeit.

Seit der Vereinigung des von Ferdinand Lassalle gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) mit der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) im Jahre 1875 stand den herrschenden Klassen erstmals eine politisch geeinte Arbeiterbewegung gegenüber. Die Hoffnung Bismarcks, mit den Lassalleanern zu einer „sachlichen Verständigung“ zu kommen — das hieß, sie auf bürgerliche Positionen festzulegen —, war hinfällig geworden. Immer offener rüstete sich der Bismarckstaat, die sozialistische Arbeiterbewegung gewaltsam zu zerschlagen.

Dokument 7\*

Arbeiterparteien

\* Die Nummern verweisen auf die Dokumente im Anhang.

# I Von der Verkündung des Gesetzes bis zur Reichs- tagswahl 1878–1881

Den erwünschten Vorwand, ein seit langem geplantes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzusetzen, boten zwei Attentate gegen Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai und am 2. Juni 1878.

Obwohl der Attentäter Hödel aus der Partei ausgeschlossen und der Attentäter Nobiling nie Mitglied der Partei gewesen war, entfachte Bismarck eine hemmungslose Hetze gegen die sozialistische Arbeiterbewegung. Trotzdem scheiterte am 23. Mai das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie am Widerstand der Nationalliberalen.

Auch die Hoffnung, nach Auflösung des Reichstages, in den sogenannten „Attentatswahlen“ am 30. Juli 1878 die Sozialisten aus dem Reichstag verdrängen zu können, erfüllte sich nicht. Trotz des Terrors erhielt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 437 158 Stimmen und verlor, verglichen mit den Reichstagswahlen 1877, nur etwa ein Zehntel<sup>4</sup>.

Neun sozialdemokratische Abgeordnete

**Attentatshysterie**

**Verabschiedung**

zogen in den Reichstag ein. Nach sechswöchigen Verhandlungen wurde das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Am 21. Oktober 1878 trat es in Kraft. Bereits am 16. September hatte August Bebel vor dem Reichstag angekündigt: „Die Arbeiter werden, dessen seien Sie sicher, mit äußerster Zähigkeit für ihre Überzeugungen eintreten, sie werden in Werkstätten, in Fabriken und im Bierhaus, auf der Eisenbahn, sonntags auf Spaziergängen und an vielen anderen Orten, wo sie niemand genau zu kontrollieren imstande ist, zusammenkommen ... Und diese Tätigkeit lahmzulegen, wird Ihnen ganz unmöglich sein ...“<sup>5</sup>

### Erste Wirkungen

Das Ausnahmegesetz verbot alle Organisationen der SAPD und alle Gewerkschaften, sofern sie sozialistische Ziele verfolgten. Die Arbeiterpresse wurde bis auf wenige Ausnahmen unterdrückt, Versammlungen untersagt. Dem Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften fielen bis Ende 1878 17 zentrale Gewerkschaftsverbände und 62 lokale Vereine zum Opfer, darunter der Verband der deutschen Schmiede mit Sitz in Berlin am 23. Oktober, die Metallarbeiter-Gewerks-Genossenschaft mit Sitz in Braunschweig am 26. Oktober und der Gewerkverein der Gold- und Silberarbeiter mit Sitz in Schwäbisch Gmünd am 16. November. Schon das Auftreten von Sozialdemokraten in Mitgliederversammlungen oder das Auffinden von marxistischer Literatur genügte der Polizei, um nach § 1 des Ausnahmegesetzes eine Gewerkschaft wegen der Vorbereitung des „Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ zu verbieten. Selbst Organisatio-

nen, die sich in neuen Statuten verpflichtet hatten, im Rahmen der staatlichen Gesetze zu handeln, verfielen dem Verbot. Ende 1878 waren die freien Gewerkschaften fast vollständig zerschlagen. Die Unternehmer nutzten den politischen Terror, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen.

Unterstützungsvereine, Kranken-, Sterbe- und Wanderkassen einzelner Berufsgruppen wurden zu Sammelpunkten für den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Später kam es zur Gründung gewerkschaftlicher „Fachvereine“ auf örtlicher Ebene. „Fachblätter“ hielten die Verbindung zwischen den organisierten Arbeitern aufrecht. Die Erfahrungen aus den Verfolgungen nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 erleichterten den Wiederaufbau. Dabei bildete das Handwerkerproletariat der Kleinbetriebe die Hauptkraft. 1879 gründeten Mitglieder ehemaliger Gewerkschaftsvorstände in Leipzig in enger Verbindung mit der Parteileitung die Wochenzeitschrift „Gewerkschafter“. Die Redaktion organisierte in kurzer Zeit eine gewerkschaftliche Reiseunterstützung in vielen Orten Deutschlands. Jeder Abonnent, der 13 Nummern regelmäßig bezahlt hatte, erhielt bis zu 60 Tagen Reiseunterstützung von durchschnittlich 30 Pfennig je Tag. Auf diese Weise wurden die Abonnenten der Zeitschrift organisatorisch zusammengefaßt.

Unangetastet ließ die Polizei die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Sie konnten jedoch die ihnen vom Bismarckstaat zugedachte politische Funktion, eine antisozialistische Arbeiterbewegung unter bürgerlicher Führung zu schaffen, nicht erfüllen. Obwohl ihnen die Polizei zeitweilig eine Monopolstellung einräumte, blieben

### Gewerkschafter in der Illegalität

### Liberaler Gewerkvereine

die Gewerkvereine unbedeutend. Das Sozialistengesetz widerlegte tagtäglich ihre Lehre von der Harmonie der Klassen. Um sich bei der Polizei glaubwürdig zu erhalten, erschwerten die Gewerkvereine die Aufnahme von Mitgliedern. Sie begründeten diese Maßnahme mit der Gefahr „sozialdemokratischer Infiltration“.

### Buchdrucker

Dem Buchdruckerverband gelang es durch die Umwandlung in einen „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker“ (UVDB), seine Organisation und sein großes Vermögen zu retten. Das richtige Bestreben, der Polizeiwillkür keine Ansatzpunkte zu bieten, wandelte sich jedoch bald zu einer prinzipienlosen Politik der Anpassung. Die Führung des UVDB verfolgte immer offener einen antisozialistischen Kurs und ging rücksichtslos gegen alle Kräfte vor, die diese Politik mißbilligten. 1882 wurde der 900 Mitglieder zählende „Verein Leipziger Buchdruckergehilfen“, der unter sozialdemokratischem Einfluß stand, ausgeschlossen.

### Ausweisungen

Schon am 28. November 1878 wurde über Berlin und Umgebung der sogenannte „Kleine Belagerungszustand“ verhängt, der das Versammlungsrecht einengte und die Möglichkeit der Ausweisung gab. 67 Sozialdemokraten erhielten den Ausweisungsbefehl. 1880 wurde auch über Altona und im folgenden Jahr über Leipzig der Kleine Belagerungszustand verhängt. Das Vorgehen des Staates ermutigte die Unternehmer zu zahlreichen Entlassungen und Schikanen.

### Dokument 2

Viele Arbeiter wanderten aus. 1881 erreichte die Auswanderungswelle mit weit über 200 000 Ausgewanderten ihren Höhepunkt. August Bebel schreibt: „Wieviel Tausende jener Auswanderer Sozialisten

waren, läßt sich nicht feststellen, aber groß war ihre Zahl und sie wuchs beständig.“<sup>66</sup> Den sozialistischen Arbeitern in Deutschland blieb nur das allgemeine Wahlrecht und die Möglichkeit, die Tribüne des Parlaments zur Vertretung ihrer Interessen zu nutzen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung stellte sich einer Partei die Aufgabe, verbliebene Möglichkeiten des legalen Kampfes mit den Formen des illegalen Kampfes zu verbinden. Von ausschlaggebender Bedeutung war dabei die Existenz einer entschlossenen Führung, die stark genug war, sich gegen Tendenzen der Anpassung und sektiererische Gruppen durchzusetzen.

Die Politik der Anpassung an die herrschenden Klassen hatte ihre gesellschaftliche Grundlage in einer Schicht ehemaliger Kleinbürger und landlos gewordener Bauern, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Ihr Einfluß auf die Reichstagsfraktion war besonders groß, da es Intellektuellen und selbständigen Gewerbetreibenden auf Grund ihrer geringeren ökonomischen Abhängigkeit leichter fiel, für den Reichstag zu kandidieren. Sektiererische Kräfte sammelten sich um die in London von Johann Most herausgegebene Zeitung „Freiheit“, diese anarchistische Gruppe, der sich auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Haselmann anschloß, propagierte eine Taktik des individuellen Terrors.

Unter dem Einfluß anpassungsbereiter Kräfte löste sich noch vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes der in Hamburg tätige Parteivorstand auf. August Bebel, Wilhelm Bracke, Wilhelm Liebknecht und andere Vertreter der revolutionären Linie, die diesen Schritt verurteilt hatten, began-

### Politik der Anpassung und Sektierertum

### Illegale Parteileitung

nen eine illegale Parteiorganisation aufzubauen. Ihre Leitung lag in den Händen von August Bebel, dem Organisator des zentralen Unterstützungskomitees in Leipzig. Die Unterstützung ausgewiesener Parteimitglieder spielte in der illegalen Arbeit eine bedeutende Rolle.

### Parteizeitung

Als im Sommer 1879 die Herausgabe einer offiziellen Parteizeitung vorbereitet wurde, versuchte eine Gruppe, die sich zunehmend in Widerspruch zu den revolutionären Zielen der Partei setzte, die Leitung des Blattes an sich zu bringen. In einem von Karl Höchberg herausgegebenen Jahrbuch erschien im August 1879 der sogenannte „Drei-Sternchen-Artikel“ unter der Überschrift: „Rückblicke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“. In diesem anonymen Artikel warfen die drei in Zürich lebenden Parteimitglieder Eduard Bernstein, Karl Höchberg und Karl August Schramm der Partei vor, sie sei schuld am Zustandekommen des Sozialistengesetzes, denn sie habe den „Haß der Bourgeoisie unnötiger Weise vermehrt“.

Weiter warfen die Verfasser der Partei vor, sie hätten „zuviel Wert auf die Gewinnung der Massen gelegt und dabei versäumt, in den sogenannten oberen Schichten der Gesellschaft energische Propaganda zu machen“. Deshalb fehle es jetzt an geeigneten Kandidaten zum Reichstag. Es sei angebracht, auf Jahre hinaus die ganze Kraft der Partei „auf die Erreichung gewisser nahegelegener Ziele [zu] richten, welche unter allen Umständen errungen sein müssen, bevor an eine Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann“.<sup>7</sup>

Karl Marx und Friedrich Engels traten diesem Versuch, den revolutionären Charak-

ter der Partei zu beseitigen, in einem Zirkularbrief an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Bracke und andere entgegen<sup>8</sup>. Sie legten darin das kleinbürgerliche Wesen dieser Bestrebungen dar und erklärten: „Wir können nicht zusammengehen mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger. Wird das neue Parteiorgan eine Haltung annehmen, die den Gesinnungen jener Herren entspricht, bürgerlich ist und nicht proletarisch, so bleibt uns nichts übrig, so leid es uns tun würde, als uns öffentlich dagegen zu erklären und die Solidarität zu lösen, mit der wir bisher die deutsche Partei dem Ausland gegenüber vertreten haben.“<sup>9</sup>

Am 28. September 1879 erschien die erste Nummer des illegalen Parteiorgans „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge“. Sein erster Redakteur war Georg von Vollmar. Die Zeitung stützte sich auf ein weitverzweigtes Korrespondentennetz und wurde von Zürich aus auf vielen Wegen nach Deutschland eingeschmuggelt. Sie trug dazu bei, die revolutionäre Zielsetzung der Partei zu stärken. Für die Parteileitung war sie ein Mittel, die illegale Organisation anzuleiten und auf gemeinsame Aufgaben zu orientieren.

Auf vielfältige Weise gelang es den Organisationen, neue legale und illegale Kampfmethoden zu entwickeln und miteinander zu verbinden. Ausweisungen oder Begräbnisse bewährter Parteimitglieder wurden in Massenversammlungen und Demonstrationen verwandelt. Auf Türmen, Schornsteinen und Bäumen wurden rote

### Erscheinen des Zentralorgans

### Kampfmethoden

## Wydener Parteitag

Fahnen heißt, in den Straßen Losungen und Plakate angebracht. Große Bedeutung hatte die massenhafte Verbreitung von Flugblättern.

Vom 20. bis 23. August 1880 fand der erste illegale Parteikongreß auf Schloß Wyden in der Schweiz statt. Trotz aller Gefahren erschienen 56 Delegierte. Sie beschlossen einstimmig, das Gothaer Parteiprogramm zu ändern: der Kampf sei nunmehr „mit allen Mitteln“, nicht nur den „gesetzlichen“, zu führen.

## Dokument 5

Die Führer der anarchistischen Gruppe, Johann Most und Wilhelm Hasselmann, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Gruppe um Wilhelm Bloss und Max Kayser, ein Zentrum der Kritik des konsequent revolutionären Weges, unterwarf sich den Kongreßbeschlüssen und behielt ihre Vertrauensstellungen in der Partei.

Der „Sozialdemokrat“ wurde zum offiziellen Zentralorgan der Partei bestimmt, seine Redaktion wie auch die Reichstagsfraktion an die Beschlüsse der mindestens alle drei Jahre abzuhaltenden Parteikongresse gebunden.

Durch den Wydener Kongreß wurde die Stellung der Parteiführung um August Bebel gefestigt. In einem am 26. September 1880 im „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Aufruf stellte die Parteileitung unmißverständlich fest, daß die Sozialdemokraten an der Spitze aller Kräfte marschierten, „welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten . . . wollen“.

Die illegale Organisation der Partei beruhte auf dem geheimen Zusammenschluß der Mitglieder in den einzelnen Orten und Kreisen, der sogenannten „inneren Organisation“. Die Mitglieder wählten Vertrau-

## Illegale Organisation der Partei

ensleute, die Verbindung zu benachbarten Orten hielten. Andere bewährte Mitglieder waren beauftragt, Kontakt zur Redaktion und zur Expedition des „Sozialdemokrat“ zu halten. Grundsätzliche Fragen wurden auf geheimen Versammlungen, oftmals im Freien, beraten. Die geheime Organisation wurde durch legale Organisationen wie Hilfs- und Unterstützungskassen, Sport-, Rauch- oder Vergnügungsvereine ergänzt. Um die Zusammenarbeit mit Karl Marx und Friedrich Engels zu verstärken, reisten im Dezember 1880 August Bebel und Eduard Bernstein nach London. In mehrtägigen Beratungen wurde die Arbeit des „Sozialdemokrat“ erörtert.

Anfang 1881 wurde Georg von Vollmar durch Eduard Bernstein in der Redaktion des Parteiorgans abgelöst. Mit der intensiven Unterstützung durch Karl Marx und – in besonderem Maße – durch Friedrich Engels ab 1881 wurde der „Sozialdemokrat“ zur „Flagge der deutschen Partei“.<sup>10</sup>

Das Verteilernetz des illegalen Zentralorgans wurde von Julius Motteler, dem „roten Feldpostmeister“, organisiert. Ihm zur Seite stand Joseph Belli, der im ständigen Kleinkrieg mit der Polizei den Grenzdienst leitete. Vom Postamt in Zürich ging die Zeitung Woche für Woche nach Deutschland: als Buchpaket, Frachtgut, in Briefen, auf Handwagen oder in Rucksäcken. Kurier versteckten sie am Körper oder ruderten sie in Kähnen über den Bodensee. Zentrale Verteilerstellen befanden sich in Augsburg, Erfurt, Halle, Köln, Meerane, Nürnberg und Stuttgart.

Auf ähnliche Weise wurden Flugschriften und Broschüren nach Deutschland gebracht, darunter das 1879 illegal gedruckte Werk von August Bebel „Die Frau und der

## Verteilernetz des Zentralorgans

Sozialismus“. Getarnt als „Berichte der Fabrik-Inspektoren“ oder als „Statistik, Heft 5“ gelangte es in die Hände der Arbeiter.

Julius Motteler war gleichzeitig der Organisator eines weitverzweigten Informations- und Warnsystems, das sich gegen die Spitzel und Provokateure der preußisch-deutschen Polizei richtete. Die Warnungen, abgedruckt im „Sozialdemokrat“ mit der Unterschrift „Die Eiserne Maske“, spielten eine wichtige Rolle im Kleinkrieg gegen den Unterdrückungsapparat des Bismarckstaates.

Unter den Bedingungen der Illegalität gewannen die Wahlkämpfe zusätzliche Bedeutung. Wie die Abgeordneten die Reichstagstribüne, so nutzte die Partei die halblegalen Möglichkeiten, die sich während der Wahlkämpfe der sozialistischen Propaganda boten. Der Wahlkampf blieb jedoch stets nur ein Kampfmittel neben anderen.

Die Festigung der Partei kam in den Reichstagswahlen am 27. Oktober 1881 zum Ausdruck, Zwar ging der Anteil der Sozialdemokraten von (1878) 7,6 auf 6,1 Prozent zurück, aber trotz Sozialistengesetz wurden 311 961 Stimmen für die revolutionäre Arbeiterpartei abgegeben. Friedrich Engels schrieb begeistert: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen . . . nach drei Jahren unerhörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstverständigung stehen unsere Jungens nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt gerade in einem Hauptumstand: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt . . . in die industriellen großen Städte . . . Die ihrer ökonomischen Lage

nach revolutionäre Klasse ist Kern der Bewegung geworden<sup>11</sup>.“

1880/81 kam es zu den ersten größeren Lohnbewegungen unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes. Die Berliner Tischler gaben im Juni 1880 den Anstoß. Durch Streik erreichten sie die Erhöhung des Mindestlohnes um 10 Prozent bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit. Die Arbeiter in anderen Gewerben folgten diesem Beispiel. Sie verstanden es, einen vorübergehenden Aufschwung des Wirtschaftslebens für die Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen zu nutzen. Selbst in den Weberbezirken, die besonders schwer unter der Krise gelitten hatten, kam es zu Bewegungen.

Damit wurde die sektiererische Behauptung widerlegt, daß die Arbeiterbewegung um so rascher vorwärtsschreite, je schlechter es den Arbeitern gehe. Widerlegt wurde auch die von den herrschenden Klassen verbreitete Behauptung, Lohnerhöhungen würden durch steigende Warenpreise zu nichte gemacht. Im Verlauf der Lohnbewegungen lösten sich viele Arbeiter von dem lassalleanischen Dogma des „ehernen Lohngesetzes“, das eine Erhöhung der Löhne über das Existenzminimum hinaus für unmöglich erklärte. An vielen Orten entstanden aus den Lohnkämpfen neue Fachvereine und andere Zusammenschlüsse.

## Lohnbewegungen

## Wahlkämpfe

## II Die Periode der „milden Praxis“ 1881–1886

### Bismarcks Sozialreformen

Die Erfolge der Sozialdemokratie veranlaßten die herrschenden Klassen, neue Wege zu suchen, um der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie von den Massen zu trennen. Eine „Kaiserliche Botschaft“ kündigte am 17. November 1881 Sozialreformen an. Durch das Krankenversicherungsgesetz von 1883 wurden alle Arbeiter, ausgenommen die Landarbeiter, gegen Krankheit versichert, wobei zwei Drittel der Versicherungsbeiträge vom Arbeiter selbst und ein Drittel vom Unternehmer zu leisten waren. Das Unfallversicherungsgesetz von 1884 sicherte dem verunglückten Arbeiter Versicherungsschutz zu Lasten des Unternehmers zu. Die 1889 eingeführte Alters- und Invalidenversicherung bestimmte die Versicherungspflicht für Arbeiter und untere Beamte, wobei die Hälfte der Beiträge von den Arbeitern zu leisten war. Leistungen aus der Altersversicherung erhielt jedoch nur, wer 70 Jahre alt war und dreißig Jahre lang Beiträge gezahlt hatte.

Die Ergebnisse der demagogisch als „Staatssozialismus“ angepriesenen Sozialreformen waren bescheiden. Die unzulängliche Fürsorge für alte, kranke oder verunglückte Arbeiter konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gesunden Arbeiter in tiefer Armut lebten. Auch Bismarck mußte zugeben, daß die positiven Elemente der Sozialgesetze von der revolutionären Arbeiterbewegung erzwungen waren: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren . . .“<sup>12</sup>

Um Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu gewinnen, wurde den Arbeiterorganisationen vorübergehend ein gewisser Bewegungsspielraum eingeräumt. Versammlungen wurden erlaubt, sofern sie sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen befaßten, gewerkschaftliche Organisationen und Arbeiterhilfskassen durften gegründet werden. Bismarck hoffte durch seine Politik die Sozialdemokratie isolieren zu können. Vor dem Reichstag erklärte er 1884: „Wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden . . .“<sup>13</sup>

Die Arbeiter erkannten, daß sich das Krankenversicherungsgesetz gegen ihre Hilfskassen richtete. Die Vorstände der Kranken- und Sterbekassen Hamburgs und Altonas wandten sich 1882 in einer Petition an den Reichstag und an die Hilfskassen in ganz Deutschland. Sie wandten sich entschieden dagegen, daß bei Unfällen künftighin der kapitalistische Unternehmer von

### Politik der „milden Praxis“

### Verteidigung der Hilfskassen

### Protest gegen die Sozialgesetze

allen Lasten befreit sein sollte und die Kassen allein zu bezahlen hätten. Die Hamburger Petition gegen die Regierungsvorlage wurde von 560 Kassen mit 81 364 Mitgliedern unterzeichnet. Der „Sozialdemokrat“ konnte Ende November 1882 feststellen, „daß die Arbeiter ihre Unabhängigkeit höher schätzen als die Bettelfennige einer despotischen Regierung“.<sup>14</sup>

In vielen Gewerkschaftsversammlungen protestierten die Arbeiter gegen die Sozialgesetze, die allen sozialdemokratischen Grundsätzen widersprachen:

- Sie enthielten keine wirksamen Bestimmungen über den Arbeitsschutz, vor allem den Schutz der Frauen und Kinder. Die Arbeitszeit wurde nicht geregelt.
- Sie umfaßten nur einen Teil der Lohnarbeiter.

- Die Arbeiter mußten den weitaus größten Teil der Beiträge selbst aufbringen.

- Die Forderung nach Selbstverwaltung durch die Versicherten war nicht erfüllt worden.

Die Verabschiedung des Krankenversicherungsgesetzes im Mai 1883 führte zu einem sprunghaften Anwachsen der von den Arbeitern selbst organisierten Hilfskassen. Ende 1880 hatten sie 60 000 Mitglieder gezählt, Ende 1885 waren es über 730 000 Mitglieder. Der „Sturm auf die Hilfskassen“<sup>15</sup> war Ergebnis des massenhaften Widerstandes gegen die Sozialdemagogie des Bismarckstaates. Die Arbeiter nutzten den gesetzlichen Kassenzwang, um die Hilfskassen als gewerkschaftliche Organisation zu stärken. Dem Bestreben der Arbeiter, den Kassen des Staates und der Unternehmer zu entgehen, verdankten auch die liberalen Gewerkvereine einen kurzfristigen Aufschwung von 21 000 Mitgliedern im

Jahre 1880 auf 51 000 Mitglieder 1885.

Dennoch blieben sie isoliert.

Der Ausbau der freien Gewerkschaften wurde durch das Überwechseln vieler erfahrener Funktionäre in die Parteiarbeit erschwert. 1885 waren erst rund 86 000 der weit über sieben Millionen deutschen Arbeiter organisiert.

Die neugegründeten Gewerkschaftszeitungen blieben meist politisch farblos. Nicht wenige Redakteure rechtfertigten sich mit der ständigen Bedrohung durch das Sozialistengesetz. Losungen wie die Erlangung eines „Rechts auf Arbeit“ unter den Bedingungen des Kapitalismus und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung des Normalarbeitstages fanden eine weite Verbreitung. Wilhelm Liebknecht wandte sich 1885 im „Sozialdemokrat“ gegen solche Illusionen: „Gegen die Krisen und Arbeitslosigkeit ist der Normalarbeitstag ohnmächtig. Diese Hauptschreckmittel des Arbeiters haben mit der Länge des Arbeitstages gar nichts zu tun. Sie entspringen aus dem innersten Wesen der Privatproduktion und des Kapitalismus und werden bestehen, solange dieser besteht.“<sup>16</sup>

Die Tischlerstreiks in Stuttgart, Mainz, Neu-Isenburg bei Frankfurt am Main und an anderen Orten im Frühjahr und Sommer 1882 spiegelten den gegen alle Hindernisse sich durchsetzenden Aufschwung der Fachvereinsbewegung. Von weitreichender Bedeutung war der Kampf in Neu-Isenburg. Die Meister hatten die Akkordpreise rigoros heruntersgesetzt. Das gewählte Streikkomitee löste am 26. Juni 1882 den Streik aus. Gefordert wurden solche Akkordsätze, die bei elfstündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn zwischen 17

### Probleme der Gewerkschaften

### Tischlerstreik in Neu-Isenburg

### „Sturm auf die Hilfskassen“

Lage der Schreiner  
in Frankfurt  
am Main

und 18 Mark sichern sollten. Die Tischler in Stuttgart, Frankfurt am Main, Offenbach, Mainz und an anderen Orten erklärten sich solidarisch. In ganz Deutschland wurden Unterstützungsgelder gesammelt. Die kleine, örtlich begrenzte Streikaktion, an der sich nur 66 Tischler in 25 Werkstätten beteiligt hatten, löste eine breite Solidaritätsbewegung aus. Bis zum 14. August hatten fast alle Meister die Forderungen erfüllt. Der Kampf in Neu-Isenburg gab an vielen Orten den Anstoß, Fragen des Streiks zu beraten. Die Arbeiter erkannten, daß es notwendig war, die Spontaneität zu überwinden und die Fachvereine zentral zusammenzufassen.

Die Frankfurter Schreiner informierten unmittelbar nach dem Streik in einer öffentlichen Versammlung über ihre unerträgliche Lage. Nach diesem Bericht blieb jeder Arbeiter im Jahr durchschnittlich 29 Tage ohne Arbeit. Der jährliche Durchschnittsverdienst betrug 693 Mark. Davon mußte eine vierköpfige Familie für eine Dachkammerwohnung, für das Nötigste an Kleidung, für Feuerung und Beleuchtung, für direkte Staats- und Gemeindeabgaben ohne Schulgeld 526 Mark ausgeben. Von dem Rest des Lohnes – 167 Mark – mußte die Familie ein Jahr lang leben. In den preußischen Zuchthäusern und Kasernen wurden für die Naturalverpflegung pro Person und Tag 65 bis 70 Pfennige angesetzt. Der Frankfurter Schreiner aber hatte, nachdem er Miete und Steuern bezahlt, Kleider und Schuhe gekauft hatte, nur noch täglich 46 Pfennige für Nahrungsmittel. Das reichte gerade, um ein vier Pfund schweres Brot zu kaufen. Überstunden und Sonntagsarbeit häuften sich. Frauen und oft auch Kinder mußten arbei-

ten gehen, um die Lebensbedürfnisse der Familie einigermaßen befriedigen zu können.<sup>17</sup>

Einen neuen Höhepunkt erreichte die Streikbewegung im Kampf der Stuttgarter Fabrik-tischler von Juli bis August 1883. Die Schreiner-gesellen hatten eine 10- bis 20prozentige Lohnerhöhung und eine menschenwürdige Behandlung gefordert. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung aller Arbeiter. Organisator des Widerstandes war der Fachverein. Die Fabrikanten suchten die Streikfront aufzuspalten, indem sie sich direkt an die Arbeiter wandten. Die Arbeiter der einzelnen Fabriken verwiesen sie jedoch an die Streikkommission, der sie das Recht zur Streikführung übertragen hatten. Durch das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer spitzte sich der Streik zu. Die Schreiner erweiterten ihre Forderungen um die zusätzliche Bezahlung der Überstundenarbeit, eine feste 9½stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Aussperrzeit und Verzicht auf Maßregelungen. Carl Kloß, Vorsitzender des Fachvereins und einer der bewährtesten Gewerkschafter in der Zeit des Sozialistengesetzes, erklärte: „Noch nie ist ein Kampf um die Existenz, ein Kampf um die Rechte der Arbeiter, mit solcher Hartnäckigkeit geführt worden als der gegenwärtige in Stuttgart.“<sup>18</sup> Nach achtwöchigem Ringen siegten die Schreiner-gesellen über die Fabrikanten. Die Solidaritätsbewegung für die Streikenden in Stuttgart gab der Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland einen neuen Auftrieb und mündete in der Gründung zahlreicher Fachvereine.

Die Gründung des „Zentralverbandes von Vereinen der Tischler (Schreiner) und ver-

**Stuttgarter  
Tischlerstreik**

Dokument 6

**Gewerkschaftliche  
Zentralverbände**

wandten Berufsgenossen Deutschlands“ auf dem Tischlerkongreß in Mainz am 27. Dezember 1883 leitete eine neue Ära der Gewerkschaftsbewegung ein. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es bis Ende 1884, insgesamt 13 gewerkschaftliche Zentralverbände aufzubauen. Auf dem Kongreß der Metallarbeiter vom 25. bis 29. Dezember 1884 in Gera wurde die „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ gegründet. Dieser Schritt war durch die von Johannes Scherm herausgegebene „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ vorbereitet worden, die seit 15. September 1883 in Nürnberg erschien.

Der Zentralverband bestand jedoch nur kurze Zeit. Um dem Verbot zu entgehen, wurden zentralisierte Branchenverbände gegründet, so der Schmiede 1885, der Mechaniker 1886 und der Goldarbeiter 1889. Bis 1886 waren im Metallbereich 49 Fachvereine gegründet worden.

Während der „Sozialdemokrat“ Bismarcks „Staatssozialismus“ als gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet entlarvte, versuchte eine starke Gruppe in der Reichstagsfraktion um die Jahreswende 1881/82 den „Sozialdemokrat“ als Zentralorgan zu beseitigen, um eine reformistische Konzeption in der Partei durchsetzen zu können. Die Antwort des Zentralorgans löste eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung über Charakter und Taktik der Partei aus. Die Diskussion wurde trotz der Bedingungen der Illegalität unter leidenschaftlicher Teilnahme der Mitglieder geführt und stärkte die revolutionären Kräfte.

Die Züricher Konferenz vom 19. bis 21. August 1882 und der Kopenhagener Parteikongreß vom 29. März bis 2. April 1883

trugen zur weiteren Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus bei. Nach dem Tod von Karl Marx am 14. März 1883 waren es vor allem Friedrich Engels und August Bebel, die allen Versuchen entgegentraten, die Sozialdemokratie der demagogischen Politik Bismarcks unterzuordnen. Einstimmig erklärten die 60 Delegierten in Kopenhagen: „Der Kongreß spricht sich entschieden gegen jederlei Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei...“<sup>19</sup>.

Zwischen dem Kopenhagener Parteikongreß und dem Parteitag von St. Gallen 1887 erreichte die theoretische und ideologische Diskussion in der Partei einen Höhepunkt. Friedrich Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, die im März 1883 erschienen war, erlebte noch im gleichen Jahr drei Auflagen mit annähernd 10 000 Exemplaren. 1884 erschien Friedrich Engels' Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Diese beiden Schriften trugen wesentlich dazu bei, die Lehren von Karl Marx unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu verbreiten und ihr politisches Bewußtsein in der Gewißheit zu bestärken, daß sie als Klasse eine historisch notwendige Aufgabe zu erfüllen haben. Sie wandten sich zugleich gegen Illusionen über die Möglichkeiten, die politischen und wirtschaftlichen Forderungen in den Parlamenten durchsetzen zu können. 1886 erschien die Neuauflage von Engels' „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“. Durch die Herausgabe von Marx' Aufsät-

## Theoretische Arbeit

## Um das Zentralorgan

## Kopenhagener Parteikongreß

zen über „Lohnarbeit und Kapital“ wie auch seiner Schrift „Das Elend der Philosophie“ leistete Engels wertvolle Hilfe für die Ausarbeitung des Programms und der Taktik der Gewerkschaftsbewegung.

Wichtigster Träger der Massenpropaganda war das Zentralorgan der Partei, das Mitte der achtziger Jahre seine Auflage auf 12 000 Exemplare steigerte. 1884 schrieb der „Sozialdemokrat“: „Wo Marx verstanden worden ist, ist es vorbei mit dem Schwindel der Sozialreform, da ist es zu Ende mit der sozialistischen Projektmacherei, da tritt an deren Stelle der Klassenkampf des Proletariats . . . Mag der Regierungs- und Strebersozialismus auch von marxistischen ‚Dogmen‘ faseln; seine ohnmächtige Wut beweist nur, daß wir auf dem richtigen Wege sind.“<sup>20</sup>

Seit 1883 wurde in Stuttgart unter der Redaktion von Karl Kautsky die theoretische Monatsschrift „Neue Zeit“ herausgegeben. Im April/Mai 1886 erschien dort die Arbeit von Friedrich Engels „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, in der die Entwicklungsstadien des Materialismus dargelegt wurden. Am 29. Januar 1885 legte die sozialdemokratische Fraktion ihren Arbeiterschutzgesetzentwurf dem Reichstag vor. Er enthielt als Hauptforderungen

- die Begrenzung der Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden für alle Erwachsenen (über 16 Jahre) und auf höchstens zehn Stunden an Sonnabenden,
- das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit,
- das Verbot der Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tage,
- die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und

- die Einführung von Arbeitsordnungen in jedem Betrieb unter Mitwirkung der lokalen Gewerkschaften.

Von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaften war die Forderung nach dem Zehnstundentag. Die herrschenden Klassen des Bismarckstaates setzten der Einführung eines gesetzlich begrenzten Maximalarbeitstages schroffen Widerstand entgegen. Sie erklärten ihn für „undurchführbar“, prophezeiten den Untergang der Industrie und warnten vor Lohnsenkungen, die „naturgemäß“ der Arbeitszeitkürzung folgen müßten. Sie verstiegen sich zu der Behauptung, die gesetzliche Regelung des Arbeitstages schränke die persönliche Freiheit ein und sei mit einer Gesellschaftsordnung der freien Konkurrenz unvereinbar. In der Bewegung für den Normalarbeitstag verbanden sich wirtschaftliche und politische Ziele des Kampfes. Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ begründete die Forderung: Der Arbeiter bedarf „neben der nötigen Nahrung, Kleidung, Wohnung und Ruhe auch der geistigen Tätigkeit, und dazu muß ihm selbstverständlich in erster Linie die nötige Zeit zur Verfügung stehen“<sup>21</sup>. Die Versammlungs- und Petitionsbewegung der Fachvereine für eine fortschrittliche Arbeitsschutzgesetzgebung widerlegte mit Millionen Unterschriften die Behauptung Bismarcks, die Arbeiter stünden nicht hinter den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Als 1885/86 die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Arbeiterschutz, bei gleichzeitiger Erhöhung zahlreicher Zölle, abgelehnt wurden, organisierte die Partei eine große Versammlungs- und Petitionskampagne, an der sich rund

**Petitionskampagne**

**Entwurf für ein  
Arbeiterschutz-  
gesetz**

Dokument 8

## Reichstagswahl

eine halbe Million Arbeiter beteiligte. In diesen Aktionen erwies sich August Bebel als der überragende Führer der deutschen Arbeiterklasse. Ihm zur Seite standen Wilhelm Liebknecht und Paul Singer, der Führer der Berliner Arbeiterbewegung. Die Parteileitung stand in ständiger Verbindung mit Friedrich Engels in London, der den Kampf der deutschen Partei unterstützte. Zur Vorbereitung der Reichstagswahl 1884 gab die Partei ein zentrales Wahlmanifest heraus. Obwohl die Polizei davon Kenntnis hatte, gelang es, das Manifest in mehr als einer Million Exemplaren in ganz Deutschland zu verteilen. Am 28. Oktober 1884 gaben 549 990 Wähler ihre Stimme den Sozialdemokraten. Der Anteil erhöhte sich von (1881) 6,1 auf 9,7 Prozent. 24 sozialistische Abgeordnete zogen in den Reichstag ein. Die Erfolge waren in den Bezirken am größten, über die die Polizei den Kleinen Belagerungszustand verhängt hatte.

## Dampfer- subventionsstreit

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion versuchte den Wahlerfolg zu nutzen, um die Partei auf die Linie ihrer Reformpolitik zu bringen. Sie erklärte sich öffentlich bereit, die von der Regierung geforderte Einrichtung regelmäßiger Dampfverbindungen nach Übersee zu unterstützen. Im sogenannten „Dampfersubventionsstreit“ ging es um die grundsätzliche Frage, ob die Partei von dem Grundsatz „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ abweichen und die Politik der kolonialen Eroberungen, den Übergang zum Imperialismus, unterstützen würde. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion erklärte, durch die Dampfersubventionen werde „vielen Tausenden jetzt Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit . . . gegeben“<sup>22</sup>.

Der „Sozialdemokrat“ wandte sich scharf gegen jedes Zugeständnis in der Kolonialpolitik. Die Fraktionsmehrheit forderte daraufhin, das Zentralorgan solle sich der Fraktion unterwerfen. Unter der Führung von August Bebel und mit Unterstützung durch Friedrich Engels gelang es, in einer wochenlangen Auseinandersetzung diesen Vorstoß zurückzuweisen. Der „Sozialdemokrat“ wurde als „Organ der Gesamtpartei“ anerkannt, und auch die widerstrebende Mehrheit der Reichstagsfraktion kam nicht umhin, im Parlament geschlossen gegen die Dampfersubventionen zu stimmen.

## Landarbeiter

Die Reichstagswahlen von 1884 hatten der Partei erstmals bedeutende Fortschritte in ländlichen Gebieten wie Brandenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein gebracht. Darin kam zum Ausdruck, daß es der Partei zunehmend gelungen war, in ihren Kampf auch die Landarbeiter einzubeziehen, die noch weit scharfer unterdrückt wurden als das städtische Proletariat. In den sächsischen Landtagswahlen, Mitte der achtziger Jahre, nahmen die Sozialdemokraten erstmals die Forderung der Landarbeiter nach Aufhebung der reaktionären Gesindeordnung auf. Gleichzeitig festigte sich das Bündnis mit den von Preußen-Deutschland unterdrückten nationalen Minderheiten, den Polen, Elsässern, Lothringern und Dänen.

Auch die wirtschaftlichen Kämpfe erreichten ein höheres Niveau. Das zeigten die Streiks des Jahres 1885 in Bielefeld, Königsberg und Berlin. 145 Arbeiter der Nähmaschinenfabrik Koch in Bielefeld traten im März gegen willkürliche Lohnkürzungen in den Streik. Als die Anwerbung von Streikbrechern erfolglos blieb, wandte

## Bielefelder Metall- arbeiterstreik

sich der Fabrikant an den Vorstand der „Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf“, Pastor Bodelschwingh. „Und siehe da“, so berichtete der „Sozialdemokrat“ am 2. April 1885, „der große Arbeiterfreund, der sich in allen konservativen Blättern als Wohltäter der arbeitenden Klasse ausposaunen läßt, hatte nichts Eiligeres zu tun, als soviel Arbeiter als nur möglich von Wilhelmsdorf nach Bielefeld zu entsenden – richtiger zu verschicken“. Die Arbeiter zogen am 26. März vor die Herberge, in der die Streikbrecher untergebracht waren, und diskutierten mit ihnen. In Massendemonstrationen und Versammlungen erklärten sich viele Arbeiter und Einwohner Bielefelds mit den Streikenden solidarisch. Nach dem Einsatz von drei Kompanien Militär wurde am 28. März der Belagerungszustand über Bielefeld verhängt, der bis 8. April in Kraft blieb. Während seiner Dauer waren Versammlungen aller Art verboten, selbst Gastwirtschaften mußten geschlossen bleiben. Die Streikbrecherrolle der Bodelschwingschen „Arbeiterkolonie“ öffnete vielen Arbeitern die Augen und erleichterte ihnen, die Sozialdemagogie des Bismarckstaates und seiner herrschenden Klassen zu durchschauen.

Im April traten in Königsberg 600 Tischlergesellen in 130 Werkstätten in den Streik. Sie forderten einen Mindestwochenlohn von 15 Mark, eine Lohnerhöhung um 20 Prozent, 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>stündige Arbeitszeit, 30 Prozent Überstundenzuschlag und Abschaffung der Sonntagsarbeit. Dieser Streik beschränkte sich nicht auf wirtschaftliche Ziele. Im Kern ging es um die Verteidigung des seit zwei Jahren bestehenden Fachvereins und damit um das Koalitionsrecht. In ihrem Aufruf vom 23. April 1885 ordneten

die Königsberger Tischler ihren Streik in den politischen Kampf gegen das reaktionäre Junkertum ein: „Darum, Arbeiter Deutschlands und Genossen des Auslandes, treten wir mit der Bitte an Euch heran, unterstützt uns in unserem Kampfe, damit das Prinzip der Arbeiterorganisation in Ostpreußen, dem Bollwerk der Reaktion, der bisherigen Vendée\* Deutschlands, den Sieg davon trage. Unser Sieg ist Euer Sieg!“ Die Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden – Verbot des Fachvereins, Hausdurchsuchungen, Verbot schriftlicher Informationen über den Streikverlauf – konnten den Widerstand nicht brechen. Eine von der sozialdemokratischen Partei organisierte Massenversammlung am 8. Mai wurde von der Polizei aufgelöst. Auf vielfältige Weise kam während des Streiks die enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaft zum Ausdruck.

Ihren Höhepunkt erreichte die Streikbewegung des Jahres 1885 im Berliner Maurerstreik. Die Baukonjunktur im Gefolge des sprunghaften Anwachsens der Städte hatte zu einer bedeutenden Steigerung der Arbeitsintensität geführt. Dennoch vermochte ein Maurer mit seinem durchschnittlichen Monatslohn von rund 86 Mark sich, seine Frau und zwei Kinder nicht durchzubringen; dazu wären 124 Mark notwendig gewesen. Die Berliner Maurer forderten 50 Pfennig Stundenlohn, den Zehnstundentag und die Abschaffung der Akkordarbeit. Eine gewählte Streikkommission organisierte erste Arbeitseinstellungen – sogenannte Bausperren. Als die Mehrzahl der Unternehmer Verhandlungen ablehnte, traten am 18. Juni 12 000 Maurer in den Streik. Die Putzer schlossen

\* Französische Provinz, Stützpunkt der Konterrevolution 1793.

## Berliner Maurerstreik

Dokument 12

## Königsberger Tischlerstreik

Dokument 10

sich an. Die Unternehmer übergaben dem preußischen Innenminister von Puttkamer eine Liste mit den Namen der führenden Gewerkschafter und verlangten das Verbot des Fachvereins der Maurer. Die Berliner Polizei beschränkte sich jedoch darauf, die Streikbrecher und Provokateure zu decken. Als das Mitglied der Streikleitung, Heinrich Fassel, auf einer Baustelle von Streikbrechern in einen Kellerschacht gestoßen wurde und an seinen Verletzungen starb, wurden nicht die Täter, sondern einige Kollegen des Ermordeten verhaftet. Um eine Demonstration zu verhindern, scheute sich die Polizei nicht, die Leiche heimlich beerdigen zu lassen. Der Streik der Berliner Maurer endete erfolgreich, trotz einer beispiellosen Hetze der bürgerlichen Presse bis hin zur Rechtfertigung des Mordes an Heinrich Fassel. Bis zum 21. Juli hatten die meisten Unternehmer die Forderungen der Maurer erfüllt. In einzelnen Betrieben wurde der Kampf in Form von Bausperren bis Mitte August weitergeführt.

In diesen schweren Auseinandersetzungen zeigte sich, daß die Arbeiter gelernt hatten, die Spontaneität zu überwinden, in Gestalt von Lohn- und Streikkommissionen wirkungsvolle Leitungsorgane zu schaffen und breite Solidaritätsbewegungen zu organisieren. Der Kampf um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen verband sich unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes eng mit dem politischen Kampf gegen den Bismarckstaat und seine Unterdrückungspolitik.

### III Die Periode des verstärkten Terrors und der Sieg über das Gesetz 1886-1890

Die Reichstagswahlen von 1884 und die Streiks des Jahres 1885 hatten den herrschenden Klassen vor Augen geführt, daß die Politik der „milden Praxis“, des Wechsels von Zuckerbrot und Peitsche, gescheitert war.

Am 11. April 1886 leitete der Bismarckstaat mit dem „Streikerlaß“ des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer eine Periode verstärkten Terrors ein. Er zielte auf die Behinderung des Streikpostenstehens und den Schutz von Streikbrechern. Puttkamer erklärte, die Sozialdemokraten würden die Streiks dazu mißbrauchen, „den Haß gegen die Gesamtheit unserer politischen und gesellschaftlichen Zustände“ zu entfachen; „sorgfältigste Überwachung von seiten der Organe der Staatsgewalt“ und ein scharfes Vorgehen der Polizei seien deshalb notwendig.

Puttkamer wies die Verwaltungschefs darauf hin, daß sie die Pflicht hätten, „im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs sofort bei dem obersten Mili-

**Streikerlaß**

**Dokument 13**

## Wachstum der Gewerkschaften

tärbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustandes . . . zu beantragen“. Der Streikerlaß war die Antwort der Regierung auf die großen Streikkämpfe, vor allem den Berliner Maurerstreik von 1885. Rücksichtslos wurden Arbeiterversammlungen verboten, Fachvereine aufgelöst. Gewerkschaftsführer ausgewiesen.

Trotz des Terrors wuchs die Gewerkschaftsbewegung weiter und erreichte 1888 rund 111 000, 1889 rund 175 000 Mitglieder. Mit dem äußeren Wachstum der Gewerkschaften wuchs auch das Verständnis für ihre besondere Aufgabe und damit für ihr Verhältnis zur Partei. Eduard Bernstein erklärte 1886: Partei und Gewerkschaft „sind berechnete, notwendige Faktoren der modernen Arbeiterbewegung, sie bilden keinen Gegensatz, sie ergänzen einander. Wenn ein Vergleich gestattet ist, so möchte ich die Gewerkschaften als das Rückgrat der Arbeiterbewegung bezeichnen, die politische Partei dagegen als das lebendige, pulsierende Blut derselben. Die Gewerkschaft, das ist der solide, feste, durch nichts zu erschütternde Stamm, aber ohne Blut kein Leben, keine Bewegung, kein Fortschritt. Wo der feste Stamm wohlorganisierter Gewerkschaften fehlt, da sehen wir blutige Kämpfe resultatlos sich abspielen, wo der Gewerkschaftsbewegung keine energische, vorwärtsstrebende Arbeiterpartei zur Seite steht, finden wir Verknöcherung, Versteinerung, Unfähigkeit zur Aktion. Nur wo beide Zweige der Arbeiterbewegung harmonisch zusammenwirken, kann dieselbe als gesund bezeichnet werden.“<sup>23</sup>

## Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung, der Zentralverbände und Fachblätter 1886–1890

Mitglieder bzw.

Auflage in Tausend

	1886	1889	1890
Freie Gewerkschaften insgesamt (lokal und zentral)	90*	175	295
Zentralverbände	81	122	301
Fachblätter	55	90	201

Quelle: Fricke, Arbeiterbewegung, S. 661 und Tab. 1. – \* geschätzt.

Die Abweichungen für das Jahr 1890 ergeben sich aus der sehr unvollkommenen statistischen Erfassung.

Auch die Lohnkämpfe nahmen zu. Welche Bestürzung das Scheitern der Unterdrückungspolitik unter den herrschenden Klassen auslöste, brachte der preußische Innenminister am 26. Mai 1886 im Reichstag zum Ausdruck. Er erklärte: „ . . . hinter jeder größeren Arbeitseinstellung, die in jetziger Zeit auf . . . Erhöhung der Löhne berechnet ist, und welche einen großen, viele Gewerbezweige in Mitleidenschaft ziehenden Umfang gewinnt, hinter jeder einer solchen Arbeitseinstellung lauert die Hydra der Gewalttat und der Anarchie.“<sup>24</sup>

Mit den sogenannten „Geheimbundsprozessen“, in denen bis zu 80 Angeklagte vor Gericht standen, wurde die Klassenjustiz verstärkt gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt. Der Kleine Belagerungszustand wurde über weitere Gebiete Deutschlands verhängt: am 20. Mai 1886 über Spremberg, am 16. Dezember 1886 über die Kreise Frankfurt am Main, Hanau und Höchst, am 11. Februar 1887 über Offenbach sowie die Obertaunuskreise und am 14. Februar 1887 über Stettin. Zahlreiche Sozialdemokraten wurden ausgewiesen, Zeitungen und Broschüren verboten.

## Lohnkämpfe

## Verschärfte Unterdrückung

## Widerstand

Diese zweite Welle von Unterdrückungsmaßnahmen traf auf eine Partei, die bereits über reiche Erfahrungen im illegalen Kampf verfügte. Ihre Wirkung blieb deshalb gering. Ein Beispiel dafür gab die Ausweisung Paul Singers aus Berlin zum 3. Juli 1886. Nur wenige Freunde durften ihn auf den von der Polizei abgesperrten Schlesi-schen Bahnhof begleiten. Bevor der Zug jedoch abfuhr, trafen die Züge der Berliner Stadtbahn voll mit Arbeitern ein, die für Singer demonstrierten. Auf allen Bahnhöfen der Strecke waren die Bahnsteige und die entgegenkommenden Stadtbahnzüge dicht mit Arbeitern besetzt, die trotz Lohnausfall und drohender Maßregelungen gekommen waren. Am 8. Juli wurden am helllichten Tag 20 000 Exemplare des Abschiedsgrußes von Paul Singer verteilt, ohne daß es der Polizei gelang, auch nur einen Arbeiter zu verhaften.

## Gegen den Militarismus

Der verschärfte Terror gegen die Arbeiterbewegung stand in engem Zusammenhang mit dem Übergang der herrschenden Klassen zu einer Politik des Imperialismus und Militarismus. Ende 1886 brachte Bismarck im Reichstag eine Militärvorlage ein, die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres von 427 000 auf 468 000 Mann vorsah. Da der Reichstag nicht in allen Punkten den Forderungen der Regierung nachkam, ließ ihn der Kanzler auflösen und Neuwahlen ausschreiben. In ihrem Aufruf zur Reichstagswahl 1887 stellte die Parteileitung klar: „Mit dem Militarismus, welcher ein notwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie ebensowenig eine Aussöhnung, wie mit diesem System selbst.“ Die Rüstungen hätten einen Zustand geschaffen, „bei dem jeder

Funke einen Weltbrand verursachen kann“.<sup>25</sup>

1887 erkannte Friedrich Engels, „daß kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich [sei], als ein Weltkrieg“.<sup>26</sup> Es sei Aufgabe der Sozialisten, in allen Ländern für den Frieden einzutreten. August Bebel erklärte 1889 vor dem Reichstag: „Die Klassenherrschaft, der Klassen Gegensatz im Innern steht im innigsten Verhältnis zum Nationalitäteng Gegensatz nach außen, wie er künstlich durch die herrschende Klasse in allen Staaten Europas aufrechterhalten wird. Und dieser Nationalitäteng Gegensatz wird erst beseitigt werden, wenn die Herrschaft dieser Klasse, die Herrschaft der Bourgeoisie, in Europa vernichtet wird.“<sup>27</sup> In zahlreichen Versammlungen um die Jahreswende 1886/87 traten die Sozialdemokraten dem preußisch-deutschen Militarismus entgegen.

Trotz offener Hetze gegen die Arbeiterpartei steigerte die SAPD in den Wahlen am 21. Februar 1887 ihren Anteil von 9,7 auf 10,1 Prozent. 763 000 Wähler bekannten sich zum Kampf gegen den Militarismus. Dennoch verringerte sich infolge der Stichwahltaktik der reaktionären Parteien und der undemokratischen Wahlkreiseinteilung die Zahl der Mandate von 24 auf 11. Der bis 1890 tätige „Kartellreichstag“ hatte einen besonders reaktionären Charakter. Er erfüllte alle Forderungen des Militarismus und erhöhte die Steuern zu Lasten des Volkes.

Auf dem dritten Parteitag unter dem Sozialistengesetz, der vom 2. bis 6. Oktober 1887 bei St. Gallen in der Schweiz stattfand, legte August Bebel die Parla-mentstaktik der Partei dar, warnte aber zugleich vor einer Überschätzung der Parla-mentstä-

## Für den Frieden

## Reichstag

## St. Gallener Parteitag

tigkeit. Wer glaube, „auf dem . . . parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus“ erreichen zu können, „kenne entweder dieselben nicht oder aber er sei ein Betrüger“.<sup>28</sup>

Bestrebungen, die Politik der Partei im Sinne einer größeren Kompromißbereitschaft zu beeinflussen, wurden weiter zurückgedrängt. Den ehemaligen Abgeordneten Bruno Geiser und Louis Viereck wurde das Recht aberkannt, Vertrauensstellungen in der Partei zu bekleiden. Gleichzeitig wurde der Anarchismus verurteilt. Der Parteitag beschloß ein neues Programm auszuarbeiten. In die Programmkommission wurden die drei Mitbegründer der Eisenacher Partei, Ignaz Auer, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, gewählt. Trotz fortgesetzter Unterdrückungsmaßnahmen erreichte der Kampf gegen das Sozialistengesetz nach dem Parteitag von St. Gallen einen neuen Höhepunkt. Am 6. Juli 1887 nahmen 30 000 Einwohner Königsbergs am Begräbnis des Reichstagskandidaten August Godau teil. Am Silvesterabend 1887 verteilten die Berliner Sozialisten 80 000 Flugblätter. Der zehnte Jahrestag des Gesetzes am 21. Oktober 1888 wurde in vielen Städten zum Anlaß für Aktionen, die der Siegeszuversicht Ausdruck verliehen. An öffentlichen Gebäuden, Schornsteinen und Brücken wurden rote Fahnen angebracht. Internationale Solidarität wurde auf Versammlungen in Dänemark und in der Schweiz bekräftigt.

Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft spiegelten sich auch im Aufschwung des wirtschaftlichen Kampfes. Im Frühjahr 1888 kam es zu größeren Streiks in Berlin, Braunschweig, Bremen, Kiel, Leipzig und Neumünster. In Hamburg kam es zu

#### Weitere Kämpfe

#### Streikbewegung

Streiks, an denen bis zu 2000 Arbeiter teilnahmen.

Die lokalen Kämpfe schlossen sich in mehreren Berufsgruppen zu Bewegungen zusammen, die ganz Deutschland erfaßten. So streikten die Maurer 1889 an 52 Orten. Von Januar 1889 bis April 1890 streikten in Deutschland rund 400 000 Arbeiter in über 1100 Kämpfen.

Den Höhepunkt dieser Massenkämpfe bildete der Streik von 150 000 Steinkohlenbergarbeitern in allen deutschen Revieren im Mai 1889. Den Kern bildete der Kampf von fast 100 000 Arbeitern des Ruhrbergbaus um Lohnerhöhung, Achtstundentag, Beseitigung der Überstundenschichten und für die Zulassung von Arbeiterausschüssen. Der brutale Einsatz von Militär gegen die Streikenden forderte 7 Tote und zahlreiche Verwundete. Der Kaiser erklärte am 14. Mai 1889 einer Delegation der Ruhrbergarbeiter, er werde „alles über den Haufen schießen lassen“, sollte sich eine Verbindung zur Sozialdemokratie herstellen.<sup>29</sup>

Die reaktionärsten Kräfte um Bismarck hofften durch bewußte Zuspitzung des Streiks den Reichstag für eine Verschärfung des Sozialistengesetzes zu gewinnen. Aber die Arbeiter ließen sich nicht provozieren. Der Streik wurde Anfang Juni 1889 abgebrochen. Am 18. August 1889 beschlossen 200 Delegierte die Gründung einer Bergarbeiterorganisation im Ruhrgebiet. 1890 wurde der Bergarbeiterverband gegründet. In den Reichstagswahlen vom Februar 1890 zeigte sich die tiefgreifende politische Wirkung dieses machtvollsten Streiks der deutschen Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert. Im Wahlkreis Dortmund-Hörde vermehrten sich die sozialdemokra-

Dokument 15, 19

**Bergarbeiterstreik**

Dokument 17

## Internationale Arbeiterbewegung

tischen Stimmen um das Achtfache auf rund 17 000.

Die Kämpfe der deutschen Arbeiter waren Bestandteil eines weltweiten Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Gefordert wurden nicht nur Lohnerhöhungen, sondern in wachsendem Maße der Achtstundentag und Arbeiterschutzgesetze. Herausragende Kämpfe waren die Streiks für den Achtstundentag in den USA 1886, an denen sich 600 000 Arbeiter beteiligten, und die Streiks der Gaswerker und Dockarbeiter in England 1889.

Am 1. Mai 1886 überfiel die Polizei in Chicago Demonstranten und ermordete vier Arbeiter. Am 4. Mai provozierten Polizeiagenten erneute Zusammenstöße, die zum Anlaß genommen wurden, die Führer der Gewerkschaften von Chicago zu verhaften. Vier von ihnen – Georg Engel, Adolph Fischer, Albert Richard Parsons und August Spies – wurden vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und im November 1887 hingerichtet. Arbeiter vieler Länder wandten sich in Protestkundgebungen gegen diesen Terrorakt.

Bereits der St. Gallerer Parteitag der SAPD hatte beschlossen, für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen. Am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag des Beginns der Großen Französischen Revolution, trat in Paris der erste internationale Sozialistenkongreß zusammen. Der Gründungskongreß der II. Internationale stand unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Mit großen Transparenten begrüßten die französischen Sozialisten die über 400 Delegierten aus 22 Ländern im Namen der Junkenkämpfer von 1848 und der Kommunisten von 1871. Im Juni 1848 hatten die Ar-

beiter von Paris zu den Waffen gegriffen, um sich gegen den Verrat der bürgerlichen Regierung zur Wehr zu setzen. 1871 hatte das Volk von Paris zum ersten Mal in der Geschichte die Macht selbst in die Hand genommen und sich tapfer gegen die Konterrevolution verteidigt. Die II. Internationale knüpfte an die Tätigkeit der von Karl Marx geführten Internationalen Arbeiterassoziation an (I. Internationale). Der Kongreß forderte auf, in allen Ländern Arbeiterparteien zu schaffen. Im Bereich des wirtschaftlichen Kampfes setzte er das Ziel des Achtstundentages. Im Gedenken an die Chicagoer Ereignisse von 1886 rief der Kongreß auf, am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag und die internationale Solidarität zu demonstrieren. Der Kampftag der Arbeiterbewegung war geboren.

Innerhalb der herrschenden Klassen verschärfen sich die Gegensätze. Am 25. Januar 1890 fand sich im Reichstag keine Mehrheit für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Am 30. September verlor es auch formal seine Gültigkeit. Während die reaktionären Kräfte um Bismarck Staatsstreichpläne erwogen und auf eine Verschärfung des Terrors hinarbeiteten, versprach Kaiser Wilhelm II. in den Februar-Erlassen Arbeiterschutzgesetze und die Einberufung einer internationalen „Arbeiterschutzkonferenz“. Auf diese Weise hoffte er, einen Teil der Arbeiter für seine imperialistische Politik gewinnen zu können. In den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 steigerte die Sozialdemokratie ihren Anteil von (1887) 10,1 auf 19,7 Prozent. Mit 1 427 298 Stimmen hatte sich die Zahl der Wähler fast verdoppelt. Die SAPD war zur stärksten Partei geworden. Im März 1890 mußte Bismarck aus allen

Dokument 18

Ende des  
Sozialistengesetzes

## Gründung der II. Internationale Dokument 18

Stärker als je

Ämtern ausscheiden. Der Sturz des „Eisernen Kanzlers“ vollendete den Sieg in dem zwölfjährigen Ringen mit dem preussisch-deutschen Militärstaat.

In ihrem Aufruf zum ersten legalen Parteitag, der am 12./13. Oktober 1890 in Halle stattfand, konnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklären: „Der Sozialismus ist die Frage des Zeitalters geworden, um die sich alles bewegt.“<sup>30</sup> Die herrschenden Klassen mußten die hart erkämpfte Legalität der sozialistischen Bewegung anerkennen. Der „Sozialdemokrat“ faßte in seiner Festnummer zur Reichstagswahl die Erfahrungen der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz zusammen: „Was haben sie nicht alles angestellt, um die deutschen Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen! Und nichts hat geholfen. Die scharfe Praxis und die milde Praxis des Ausnahmegesetzes, die Versprechungen und Drohungen, die Zugeständnisse und die Scheinreform – alles hat sich als unwirksam erwiesen. Statt an Anhängern einzubüßen, ist die Partei von Jahr zu Jahr gewachsen – in steigender Progression – und steht heute stärker da als je, trotz alledem. Sie hat sich als unbesiegbar erwiesen, weil sie Arbeiterpartei ist, die Partei des Proletariats als Klasse.“<sup>31</sup>

In dem zwölf Jahre währenden Kampf gegen das Sozialistengesetz wurden zugleich die Voraussetzungen für die Lösung einer entscheidenden Aufgabe geschaffen, die nach dem Fall des Gesetzes vor der Arbeiterbewegung stand: der Aufbau einer zentralisierten gewerkschaftlichen Organisation. Am 17. August 1890 hatten Vertrauensmänner der Metallarbeiter in einem Aufruf eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsvorstände als dringend bezeichnet.

Zentralisierung  
der Gewerk-  
schaften

Sie fand am 16./17. November 1890 in Berlin statt. Die Delegierten wählten einen siebenköpfigen Ausschuß, dessen Aufgabe es war, einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß einzuberufen und die Einzelgewerkschaften in ihrem Kampf zu unterstützen. Dieser Ausschuß konstituierte sich als „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Das neue Führungsorgan hatte bald einen bedeutenden Anteil an der Organisation breiter Solidaritätsbewegungen.

Vom 1. bis 6. Juni 1891 tagte in Frankfurt am Main der Gründungskongreß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). § 3 Abs. 1 seines Statuts bestimmte: „Dem Verbandsrat können alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten, sofern sie sich den Bestimmungen des Statuts unterwerfen.“ Auf gleichzeitigen Kongressen erklärten die Feilenhauer, Klempner und Schlosser ihren Anschluß an den DMV.<sup>32</sup> Die Entscheidung der Metallarbeiter für das Industrieverbandsprinzip bedeutete einen großen Fortschritt. Mit dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß vom 14. bis 18. März 1892 gelangte die Herausbildung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu einem Abschluß.

Der Übergang der herrschenden Klassen zu einer Politik des Imperialismus stellte die Gewerkschaften vor neue schwere Aufgaben. Die Arbeiter, die den Kampf gegen den Bismarckstaat siegreich abgeschlossen hatten, traten in eine neue Epoche des Ringens um ihre Befreiung ein.

Gründung des  
Deutschen  
Metallarbeiter-  
Verbandes

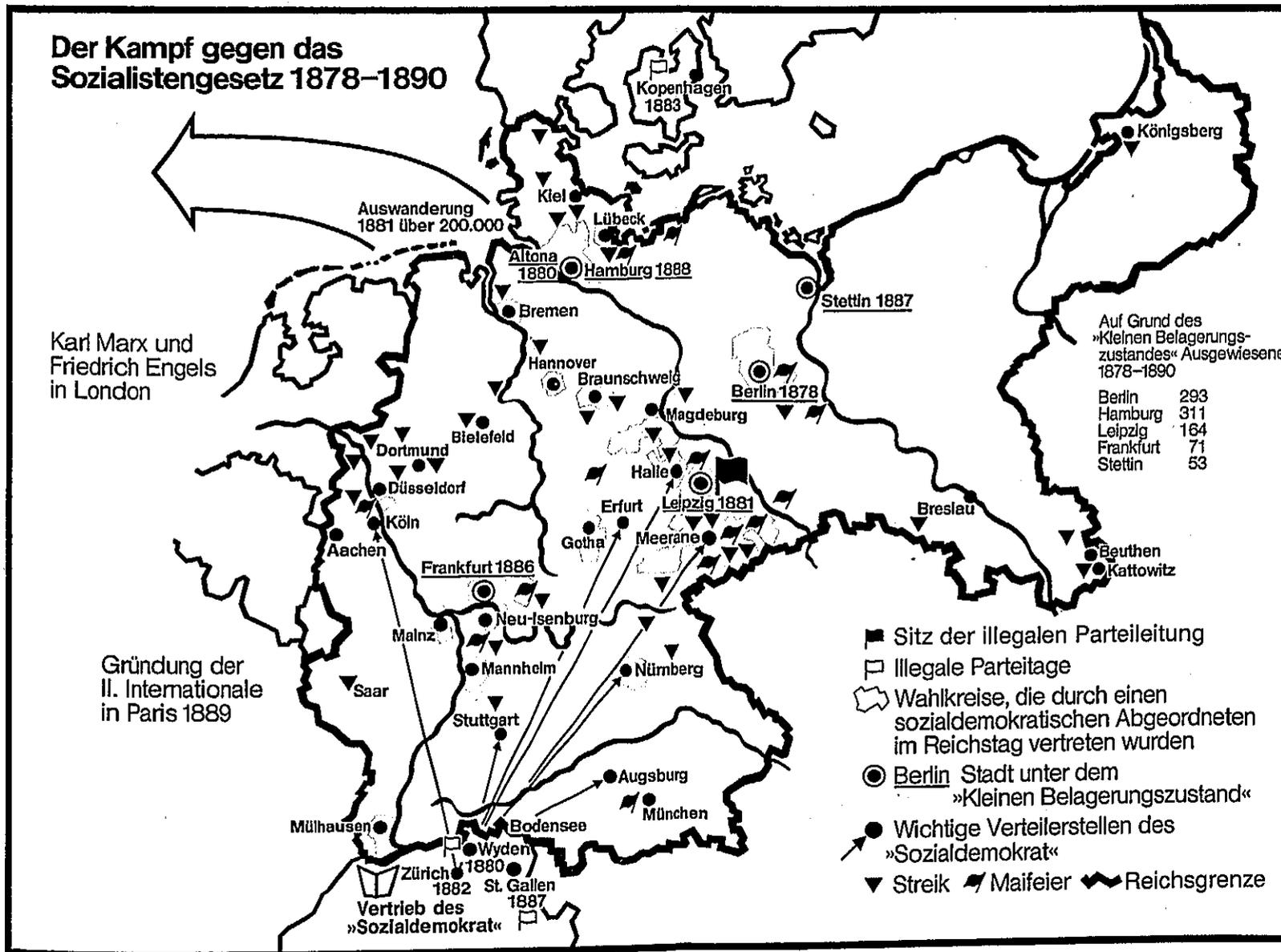
Dokument 21

# Anmerkungen

- 1 Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 19, S. 29.
- 2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 593.
- 3 Mottek, Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3, Berlin 1975, S. 162 ff.
- 4 Vgl. Tabelle 2.
- 5 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, IV. Legislaturperiode, I. Session 1878, S. 45 f.
- 6 Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 3, S. 42.
- 7 zit. nach Marx/Engels, Zirkularbrief vom 17./18. September 1878, MEW, Bd. 34, S. 404 f.
- 8 MEW, Bd. 34, S. 394 bis 408.
- 9 ebd. S. 408.
- 10 Friedrich Engels, Abschiedsbrief an die Leser des „Sozialdemokrat“, MEW, Bd. 22, S. 78.
- 11 Engels an Bernstein, 30. November 1881.
- 12 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, I. Session 1884/85, Bd. 1, S. 25.
- 13 n. Förster, Gewerkschaftspolitik, Berlin 1971, S. 43.
- 14 ders. S. 91.
- 15 Der Sozialdemokrat, 28. Februar 1884.
- 16 Der Sozialdemokrat, 12. November 1885, n. Schröder, Partei und Gewerkschaft, S. 248.
- 17 Förster, S. 135.
- 18 n. Förster, S. 217.
- 19 Protokoll, Hottingen – Zürich 1883, S. 27.
- 20 10. Juli 1884.
- 21 Förster, S. 262.
- 22 Schröder, Partei und Gewerkschaft, S. 244 f.
- 23 n. Förster, S. 312 f.
- 24 n. Fricke, Arbeiterbewegung, S. 660.
- 25 Dokumente und Materialien, Nr. 106.
- 26 MEW, Bd. 21, S. 350.
- 27 Stenographische Berichte, VII. Legislaturperiode, IV. Session 1888/89, Bd. 2, S. 935.

- 28 Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen, St. Gallen 1887, S. 18.
- 29 Otto Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 2, Stuttgart 1913, S. 365 f.
- 30 Dokumente und Materialien, Bd. 3, Nr. 181, S. 334.
- 31 Sozialdemokrat, 8. März 1890, n. Förster, Gewerkschaftspolitik, S. 333.
- 32 Opel, 75 Jahre, S. 94 ff.

## Der Kampf gegen das Sozialistengesetz 1878–1890



*Ignaz Auer*, Nach zehn Jahren, Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, Nürnberg 1889.

*Horst Bartel*, Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879–1890, Berlin 1961.

*ders.*, Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jh., in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Heft 8/1966.

*ders.* u. a., Der Sozialdemokrat 1879–1890, Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1975.

*August Bebel*, Aus meinem Leben, 3. Teil, Stuttgart 1914.

*Jean Bruhat* u. a., Die Pariser Kommune von 1871, Berlin 1971.

*Heinrich Bürger*, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865–1890, Hamburg 1899.

*Frank Deppe* u. a. (Herausgeber), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977.

Deutsche Geschichte in drei Bänden, Berlin 1968 ff.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, März 1871 – April 1898, Berlin 1974.

*Georg Eckert*, Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie, Hannover 1963.

*Ernst Engelberg*, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890, Berlin 1959.

*Alfred Förster*, Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes vom Wydener Parteikongreß 1880 bis zum Parteitag von St. Gallen 1887, Berlin 1971.

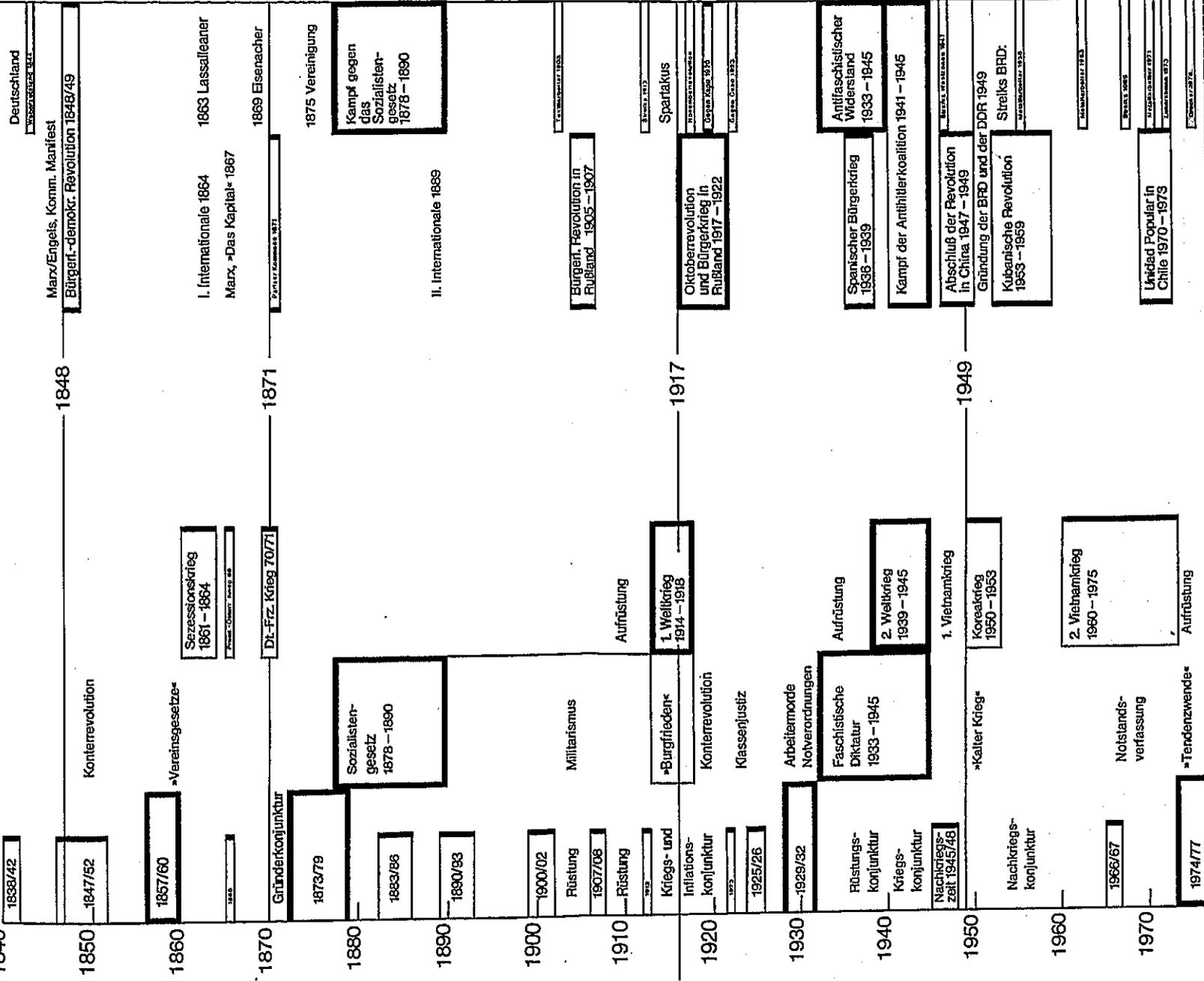
*Georg Gärtner*, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868–1908, Nürnberg 1908.

*Dieter Fricke*, Bismarcks Prätorianer, Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871–1898), Berlin 1962.

# Zeittafel 1840 – 1977

Krise → Unterdrückung → Krieg

Die Völker wehren sich



ders., Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976.

Jutta von Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1963–1975, Köln 1975.

Heinrich Gemkow, Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz, in: Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Heft 9/1957.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin: Dietz 1966, S. 335 ff.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln, darin: Kapitel III Periode von 1871 bis zum Ausgang des 19. Jh., Berlin 1966, S. 56–121.

Karl Hardach, Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879, Berlin 1967.

Walther Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft in der Mitte des 19. Jh., Berlin 1965.

Gerd Hohorst u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 1975.

Otto Hue, Die Bergarbeiter, Bd. 2, Stuttgart 1913.

Paul Kampffmeyer, Unter dem Sozialistengesetz, Berlin 1928.

Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bände, Berlin 1960.

Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3, Berlin 1975.

Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Berlin 1965.

Fritz Paepflow, Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869 bis 1899, Hamburg 1900.

Friedrich Pospiech, Julius Motteler, der „rote Feldpostmeister“, Esslingen 1977.

Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967.

Wolfgang Schröder, Partei und Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1868/69 bis 1893, Berlin: Tribüne 1975, S. 153 ff.

Jonachim Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Köln 3. Aufl. 1976.

Hedwig Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844–1914, Köln/Opladen 1967.

Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, 3. Aufl. Köln 1972.

**Tabelle 1**  
**Politisch-ökonomische Entwicklung des Deutschen Reiches**  
**1871-1890**

Jahr	Mittlere Bevölkerung (in Tausend)	Ausgewanderte	Roheisenproduktion (in Tausend Tonnen)	Mitgliederbewegung der Gewerkschaften	
				Freie Gew.	Hirsch-Duncker
1	2	3	4	5	
1871	40 995	76 224	1 491	.	6 000
1872	41 185	128 152	1 927	19 695	18 803
1873	41 532	110 438	2 174	.	18 883
1874	41 983	47 671	1 856	.	22 000
1875	42 510	32 329	1 982	.	19 900
1876	43 057	29 644	1 801	.	.
1877	43 608	22 898	1 884	52 511	.
1878	44 127	25 627	2 108	56 275	16 525
1879	44 639	35 888	2 190	.	14 912
1880	45 093	117 097	2 676	.	21 000
1881	45 426	220 902	2 863	.	19 893
1882	45 717	203 585	3 327	.	24 558
1883	46 014	173 616	3 417	.	29 330
1884	46 335	149 065	3 550	.	47 681
1885	46 705	110 119	3 633	85 687	51 000
1886	47 103	83 225	3 485	.	52 162
1887	47 540	104 787	3 978	95 106	53 691
1888	48 020	103 951	4 291	111 245	56 655
1889	48 512	96 070	4 481	174 608	62 688
1890	49 239	97 103	4 618	294 551	62 643

Quellen: Spalte 1, Hohorst, Materialien, S. 27; Sp. 2, ebd. S. 38; Sp. 4-5, ebd. S. 135; Sp. 3, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1892, S. 139.

**Das Wachstum der Roheisenproduktion im Deutschen Reich 1872-1890**  
**Veränderungen gegen das Vorjahr (in Prozent)**

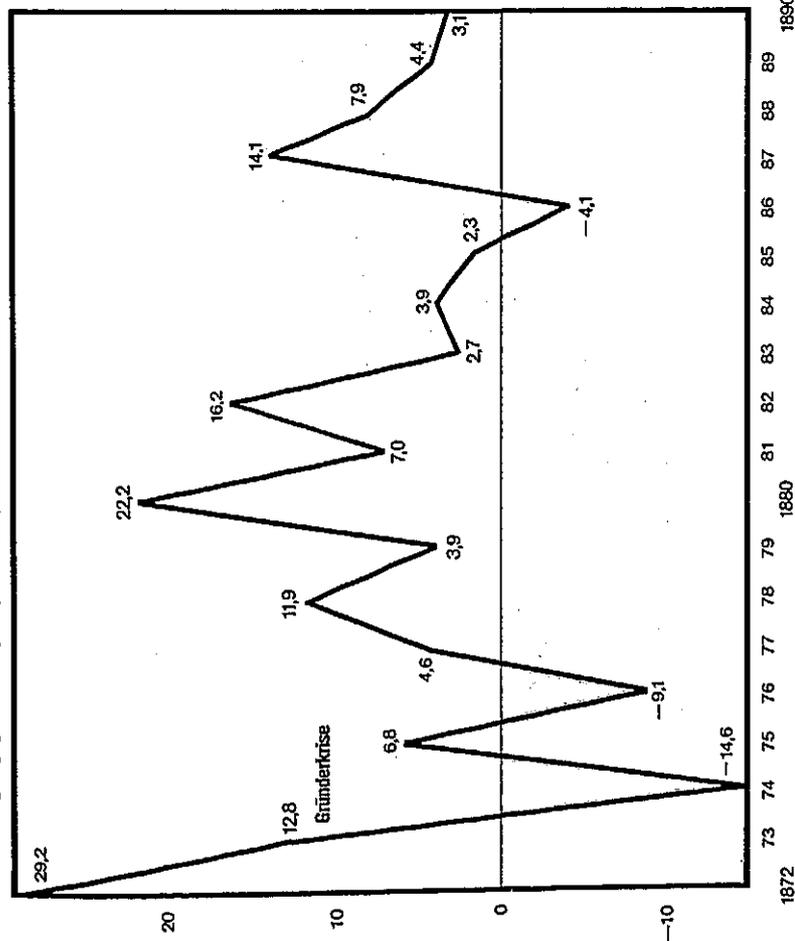


Tabelle 2

## Die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1871-1912

Wahlen	Stimmen absolut (in Tausend)	Anteil an den gültigen Stimmen (in Prozent)	Man- date <sup>1</sup>	Anteil an den Mandaten insgesamt (in Prozent)
3. März 1871	124 655 <sup>3</sup>	3,2	2	0,5
10. Jan. 1874	351 952 <sup>3</sup>	6,8	10	2,3
10. Jan. 1877	493 288	9,1	13	3,0
30. Juli 1878	437 158	7,6	9	2,3
27. Okt. 1881 <sup>2</sup>	311 961	6,1	13	3,0
28. Okt. 1884	549 990	9,7	24	6,0
21. Febr. 1887	763 128	10,1	11	2,8
20. Febr. 1890	1 427 298	19,7	35	8,8
15. Juni 1893	1 786 738	23,2	44	11,1
16. Juni 1898	2 107 076	27,2	56	14,0
16. Juni 1903	3 010 771	31,7	81	20,3
25. Jan. 1907	3 259 020	28,9	43	10,8
20. Jan. 1912	4 250 399	34,7	110	27,7

Quelle: Fricke, Arbeiterbewegung, S. 526. - Anmerkungen: 1 nach der Stichwahl, 2 Wahlen während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes, 3 SDAP und ADAV zusammen.

Die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1871-1912

Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen und an den Mandaten (in Prozent)

